

H 009 DGB-Bundesjugendausschuss

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Keine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB wird aufgefordert, sich auch in Zukunft vehement für die Erhaltung und den Ausbau bestehender gesetzlicher Schutzbestimmungen einzusetzen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist eines der wesentlichen Gesetze zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz und vor Überlastung. Derzeit wird in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutiert, den Jugendarbeitsschutz drastisch zu beschneiden.

Der DGB bekennt sich zu einem wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnt alle Vorschläge zu seiner Einschränkung ab. Wir fordern alle politischen Akteure/-innen auf, gemeinsam mit uns zu verhindern, dass z. B.:

- das Züchtigungsverbot aus dem Gesetz gestrichen wird,
- die Ruhepausen gekürzt werden,
- die Nachtruhe durch längere oder früher beginnende Arbeitszeiten eingeschränkt wird,
- Samstags- und Sonntagsarbeit ausgeweitet wird.

Dazu sind alle Ebenen des DGB und der DGB Jugend aufgefordert, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, mit dem Ziel, Unkenntnis abzubauen und die Gesellschaft für die Wichtigkeit des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu sensibilisieren und im Interesse der Jugendlichen direkt und indirekt auf die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern einzuwirken.

Weiterhin hat der DGB darauf hinzuwirken, dass die Arbeitsbedingungen auch für die über 18-Jährigen deutlich verbessert werden. Es darf keine Bereiche, Branchen und Gesetze geben, wo das JArbSchG nicht gilt oder ausgehebelt wird. Die Öffnungsklauseln aus dem JArbSchG sind weitestgehend zu streichen.